

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis v. 29. Nov. bis 5. Dez.: 40 Gold-Pfg. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,80 M. Einzelnummern 70 000 000 000 M. — Girokonto 50 h. d. Oberamtspostamt: Reueuburg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Beitzelle oder deren Raum i. Bez. Grundr. 126.-Zaucherh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 j. Schlüffel, 1000 Milliarden Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Auktionsteilung werden jew. 10 G.-Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlaggewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Nummer 293

Februar 179

Wildbad, Samstag den 15. Dezember 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Den Pfennig hat man früher vielfach gering geschätzt; es gab Städte, wo man die Pfennigmünze gar nicht mehr konnte und die geringste Geldbeinheit der kleine Nickel, das Fünfpennigstück war. Das ist anders geworden. Seit der Pfennig 10 Milliarden Papiermark wert ist, erinnert man sich wieder des Sprüchleins: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist die Goldmark nicht wert. Aber kommt die Sinnesänderung nicht zu spät? Jedermann weiß, daß es in Deutschland in Punkto Geld brenzlich aussieht; aber nicht viele wissen, wie weit wir schon „draußen“ sind. Das kommt daher, daß man peinlich vermieden hat, dem Volk reinen Wein einzuschenken. Mit der Notensprengung ließ sich doch so bequem ein Gewebe darüber breiten, daß man kaum etwas davon merkte, und wenn die Papiermark immer tiefer und immer schneller sank, ja nun, das waren halt die Börsenspekulanten, die Schieber und Wucherer, die den Markkurs drückten, um das Volk ausplündern zu können. Dagegen rief man nach Wucherersehen, Zuchthaus und Galgen, und Regierung und der hochpreisliche Reichstag kamen dem empörten Volkswillen wenigstens bis zum Zuchthaus entgegen. Unseres Wissens sind aber bis heute die Zuchthäuser von Wucherern noch völlig rein, oder sicherlich sind es nur wenige Fälle, wo etwa ein kleiner Missetäter, der ein paar Pfund Butter versteckt hatte, die Bekanntheit mit dem Zuchthaus machte. In die großen konnte man nicht heron, aus dem einfachen Grunde, weil diese sich nötigenfalls zu wehren verstanden. Denn an der Geldentwertung war die edle Gilde der Spekulanten, Wucherer und Schieber wirklich nicht schuld. Die kam vielmehr von der grundfalschen Finanzpolitik des Reichs selber her, und wenn die Entwertung nicht gewesen, wenn die Finanzpolitik eine richtige gewesen wäre, so wäre das Heer der Spekulanten nicht entstanden, es hätte seinen Boden gehabt. Darüber hat man das Volk nie aufgeklärt, — warum? ja eben darum! Es war ja wie ein Wildhieb, wenn das Volk immer wieder nach dem Galgen rief. Mit bemerkenswerter Eile kamen dann alle die Gesetze und Verordnungen, eins so nutzlos wie das andere, denn es waren lauter Streiche in die Luft, oder sie trafen das ordnungsmäßige Wirtschaftsleben und richteten daß Schaden an.

Auch das ist jetzt anders geworden. Der finanzielle Zusammenbruch des Reichs ist so vollständig, daß auch dem harmlosesten Gemüt die Ahnung über die wahren Ursachen der Katastrophe aufgestiegen ist. In halbamtlichen Zeitungsnachrichten und in unmittelbaren Mitteilungen an die Vertreter der Presse wurde nun die Lage bekannt gegeben. Und das ist nicht etwa eine Übertreibung, um das Volk und diejenigen, die zunächst betroffen werden, für die drei neuen Steuerordnungen müde und „müti“ zu machen, wenn auch gewiß kein geringerer Mut dazu bergehört, solche Verordnungen aufzunehmen, als sie zu erlassen. Nach der ersten, bereits veröffentlichten Verordnung sind die erst im kommenden Januar fälligen Sondersteuern wie Bondabgabe (die im Januar zum letzten Mal erhoben werden sollte) und Rhein- und Ruhrabgabe, sowie die Einkommen- und Umsatzsteuer bereits auf Mitte Dezember voranzuzahlen. Wenn diese Vorsteuern nicht bei Heller und Pfennig rechtzeitig eingehen, so kann das Reich — die Schulpolizei nicht mehr bezahlen, sagte der Reichsfinanzminister. Und einiges andere auch nicht mehr; das Reich ist also zahlungsunfähig geworden. Wenn aber die Januarsteuern schon im Dezember bezahlt und verbraucht werden, wozu will die Reichsverwaltung im Januar leben? Nun, dazu werden mit beschleunigter Geschwindigkeit die zweite und die dritte Steuerordnung erscheinen, mit denen ein tiefer Griff in Hab und Gut des Volks getan wird. Nur so viel hat man bis jetzt von Wesen und Art dieser Verordnungen erfahren. Es genügt vorläufig. Doch halt! Da kommen noch die Hypotheken. Man stritt sich lange darum, ob die Hypotheken nach dem fürtrefflichen Grundsatze, Mark ist Mark, auch in den Strudel der Markentwertung hineingehören, oder ob sie gewissermaßen als wertbeständige Anlage zu betrachten seien. Die Reichsregierung hüllte sich bis jetzt dieser Streitfrage gegenüber vorsichtig in den Mantel des Philosophen, bis endlich das Reichsgericht einstimmig entschied, daß die Mark nicht Mark, und daß eine Hypothek etwas anderes als eine Reichsbanknote sei, daß sie also, mit anderen Worten, bei der Heimzahlung je nach den besonderen Umständen, bis zu einem gewissen Grade „aufzuwerten“ sei. Nun war es Zeit, den Philosophenmantel abzustreifen. Halbamtlich wurde „verlautbart“, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß Hypotheken nicht aufgewertet werden können, wenigstens nicht zugunsten des Anhabers bzw. Gläubigers. Da aber der Fiskus, der als moralische Anstalt bekannt ist, auch nicht dulden könne, daß der Hypothekenschuldner des unverdienten Gewinns der Geld- und Hypothekenentwertung sich erfreue, so wolle der Staat den Unterschied zwischen der vollen Gold-

Tagespiegel

Der Volksgesundheitsrat der englischen Arbeiterpartei und der Hauptauschuh der Gewerkschaften sprachen in einer gemeinsamen Entschliessung aus, falls Macdonald zur Regierungsbildung aufgefordert würde, so solle er die Grundsätze der Arbeiterpartei durchzuführen, der Durchführung des vollständigen Sozialismus aber sich widersetzen.

Der Kleine Verband hält am 9. Januar eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten ab, um über die Entschädigungsfrage zu beraten.

General Primo de Rivera kündigt an, daß er nunmehr daran gehen könne, die Regierung neu zu bilden, nachdem in den drei Monaten, seit das Direktorium besteht, wieder Ordnung in der Verwaltung geschaffen sei.

Das portugiesische Kabinett ist zurückgetreten. — Der Putsch war demnach doch von anderer Wirkung, als amtlich verbreitet wurde.

und der entwerteten Papierhypothek lieber selbst in die Tasche schieben. Ein anderes Nebeneinkommen ähnlicher Art, das zwei bis drei Milliarden Goldmark abwerfen soll, beabsichtigt der Reichsfinanzminister aus der Vergoldung der Wohnungsmieten sich zuzugleichen. Alle Achtung vor der Großzügigkeit und Kühnheit — Herr Hilferding würde vielleicht sagen: Brutalität — dieser Finanzpolitik. Nur das eine soll dabei nicht außer Acht gelassen werden: je mehr man von dem deutschen Volkswort wegnimmt, desto schwächer wird der Wert der Rentenmark sein, denn sie ist auf einer besonderen Grundschuld der Landwirtschaft und dem Besitz des Gewerbes aufgebaut, und desto unsicherer wird die Goldanleihe, denn sie hat ihre Deckung in der Vermögenssteuer. Mit der Festigkeit der Rentenmark und der Goldanleihe aber steht und fällt die Möglichkeit der deutschen Finanzreform, die Finanzwirtschaft und zu einem großen Teil auch die Privatwirtschaft. Dunkel hört man schon von einer „Verwässerung“ der Rentenmark reden, wenn das Reich in seinen Finanznöten nicht mehr aus noch ein weiß. Davor bewahre uns ein gütiges Geschick, — die Folgen wären fürchterlich.

Weitere Verordnungen, die demnächst zu erwarten sind, beziehen sich auf das Sparen. Das ist nun ein ganz heißes Gebiet. In Preußen hat man mit der Aufhebung des Eisernen Kreuzverleihungsamts den Anfang gemacht. Das ging noch an; niemand wird die beschauliche Tätigkeit dieses Amtes vermissen. Aber um so mehr Erregung verursacht der „Abbau des Beamtenstands“. Die Arbeit soll von 48 auf 54 Dienststunden in der Woche „aufgebessert“, der Gehalt auf die Hälfte herabgesetzt werden. Es ist ja richtig, daß die beim Übergang zur festen Währung unbarmherzig entschleierte Verarmung Deutschlands von jedem Staatsbürger verlangt, daß er an seinem Teil mittrage und mitleihe; es ist ferner richtig, was die Regierung dem Widerspruch der Beamten entgegengehalten hat, daß die Privatangelegenheiten sich mit einem Drittel, meist sogar mit einem Viertel oder noch weniger des Vorkriegsgehalts begnügen müssen. Aber es erscheint doch fraglich, ob die Regierung beim Beamtenabbau die richtige Linie getroffen hat. Die Gegenrichtung, die der Staatssekretär v. Malzahn und die übrigen Staatssekretäre und die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes an die Regierung gerichtet haben — übrigens auch eine Neuheit der neuen Zeit — ist nicht etwa nur einer einseitigen Vertretung des Standeswohls entflohen, sondern der nicht unbegründeten Sorge entsprungen, daß es um die vorbildliche Sonderart des alten deutschen Beamtenstandes geschehen sei, wenn die Beamten unter ein gewisses Mindestmaß der Lebenshaltung herabgedrückt werden.

Wenn nun aber seit vielen Monaten die Reichseinkünfte nicht mehr als 1½ bis 2 Prozent der Reichsausgaben gedeckt haben, so ist zu bezweifeln, ob selbst die schwersten Steuern und eine schärfste Eintreibung die angestrebte Ausgleichung des Reichshaushalts bringen werden. Die außerordentlichen Steuern, die im August ds. Js. auferlegt wurden, — was haben sie genützt? Die Lage ist schlimmer als je. Und der Kredit, den die Reichsverwaltung von der Rentenbank erhielt, nämlich 300 Millionen Goldmark für Einlösung der Reichsschuldscheine bzw. der Reichsbanknoten und 900 Millionen Goldmark für laufende Ausgaben, ist jetzt schon beinahe aufgebraucht, bevor noch der Reichshaushalt in Goldmark aufgestellt ist. Wie hoch müßten die Steuern sein, die einen solchen Haushalt ins Gleichgewicht bringen könnten! Wenn die Reichseisenbahn, trotz dem ihre Tarife beträchtlich höher sind, als vor dem Krieg, einen Fehlbetrag von 1000 Millionen Goldmark aufweist, wenn das bodenlose Faß der besetzten Gebiete täglich Unsummen verschlingt, wie soll das verarmte und verstückelte Deutschland jemals diesen Haushalt ausgleichen können! Die Rückkehr zur Notensprengung, wozu gesprochen wird, wäre glatter Selbstmord.

Es soll deshalb, wenn möglich, eine große Anleihe in Ausland gesucht werden. Das wird aber in unserer Lage sehr schwierig oder nur unter Wucherbedingungen möglich sein, vorausgesetzt, daß die Pariser Entschädigungskommission ihre Einwilligung gibt. Und dann: Schulden sind eben Schulden; schon um ihrer Verzinsung und Abtragung willen wird jeder im deutschen Volk ohne Ausnahme härter und länger arbeiten müssen. Mit größter Wahrscheinlichkeit würden lebenswichtige Pfänder gegeben werden müssen, z. B. die Reichseisenbahnen. Es wäre doch zu überlegen, da die Berliner Verwaltung sich eben doch nicht bewährt hat, ob die Bahnen nicht lieber an die Bundesstaaten zurückgegeben, oder, wozu neulich die Rede war, an eine deutsche Privatgesellschaft überlassen werden sollen. Im letzteren Fall hätte das Reich doch gewisse Einnahmen und dazu das Aufsichtrecht oder die Oberleitung gesichert, was bei der Auslieferung an fremde Kapitalisten kaum oder wohl nur dem Namen nach der Fall sein würde.

So hat das Kabinett Maréchal eine Erbschaft der Fehler und Verschuldungen früherer Regierungen zu tragen, um die man es nicht beneiden kann, so sehr man wünschen möchte, daß es seinen ehrlichen Willen gelinge, einen Ausweg aus dem Irrgarten zu finden. Es sind ja nicht bloß die niederdrückenden Sorgen der deutschen Finanzen, die auf dem Kabinett lasten. Die Ruhe im Reich wurde nirgends mehr gestört, man verspürt wohlthätig die stärkere Hand in der Verwaltung. Aber der fernere Gesichtskreis häuht noch voll dunkler Wolken und undurchdringlichen Nebels. In den besetzten Gebieten vollzieht sich unaufhaltsam die Festlegung der französischen Herrschaft. Nach dem Industrieabkommen kam die tatsächliche Auslieferung der Eisenbahnen auf eine lange Reihe von Jahren und die Zivillieferung folgt ihr mehr und mehr nach. Man soll sich nur nicht täuschen lassen dadurch, daß Poincaré augenblicklich sich etwas zurückhält. Er ist gerade mit dem neuen französischen Wahlsieg in Anspruch genommen, das er der Kammer und dem Senat vorgelegt hat, ein Gesetz, das die vor 10 Jahren eingeführte Mehrheitswahl durch die Verhältnis- und Listenwahl ersetzen soll. Ferner handelt es sich um das Frauenstimmrecht, das der Senat schon einmal verworfen hat, das aber bei dem bedenklichen Rückgang der Männerstimmen in Frankreich als eine Notwendigkeit erscheinen mag. Endlich aber sind die Kreise Poincarés in unerwarteter Weise durch das Ergebnis der nationalen Wahlen gestört worden. Poincaré hatte sich redlich Mühe gegeben, durch die von Paris „unterstützte“ englische Presse die Sache seines Kollegen Baldwin fördern zu lassen. Aber daß Baldwin die bisherige konservative Mehrheit von 80 Stimmen den andern Parteien des Unterhauses gegenüber in eine Minderheit von 90 Stimmen verwandelt würde, das ist eine Leistung, die Poincaré wohl nicht für möglich gehalten hatte. Was soll er mit der englischen Regierung anfangen, die selbst noch nicht weiß, woran sie ist? Allein kann die Partei Baldwin nicht mehr regieren, wenn sie auch an sich mit 256 Stimmen noch die weitaus stärkste im Unterhaus ist. Mit den 152 Liberalen sich zu verbinden, will nicht recht gelingen. Die Arbeiterpartei mit ihren 192 Stimmen aber steht allein, sie kann deshalb nicht regieren. Baldwin dürfte es sehr bereuen, daß er sich hat verteilen lassen, die Frage des Schutzes aufzuwerfen und darob die Regierungsfähigkeit seiner Partei ohne Not aufs Spiel zu setzen. So wird er einstweilen der Form wegen weiter regieren, bis am 8. Januar das Unterhaus zusammentritt, und dann wird sich entscheiden, ob Baldwin verschwindet und ob eine konservativ-liberale Koalition etwa unter Lloyd George wieder möglich ist. Jedenfalls aber ist der Schutz Zoll in England für alle Zeit begraben. — Für uns Deutsche liegt es nahe, in dem Wahlergebnis einen Vorteil zu erblicken, da es den Ausblick auf eine regere Anteilnahme Englands an den europäischen Angelegenheiten eröffnet. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß Lloyd George wohl ein persönlicher Gegner Poincarés, darum aber noch kein Freund Deutschlands ist. Wir haben allerlei Erfahrungen mit ihm gemacht und würden sie ohne Zweifel wieder machen müssen, wenn er ans Ruder käme. Wir werden gut tun, auf die neuen Verhältnisse in England keine großen Hoffnungen zu setzen.

Neue Nachrichten

Die zweite Steuerordnung

Berlin, 14. Dez. Die zweite Steuerordnung sieht u. a. von jedene Zusatzsteuer auf das Einkommen vor. Von Handel und Gewerbe wird eine zweiprozentige Umsatzsteuer auf die Roherinnahme (abzüglich der gezahlten Löhne und Gehälter) erhoben. Die Landwirtschaft wird mit einem Zuschlag von einer Goldmark auf 1000 Papiermark des Vermögenssteuerwerts eines Vierteljahrs in 1922 bedacht. Die freien Berufe haben nach Abzug der Werbungskosten 10 Prozent ihres Einkommens von 1924, bei

Einkommen über 6000 Goldmark 20 Prozent zu entrichten. Bei der ergeblichen Steuer, der Lohnsteuer bleiben 12,4 für die Woche steuerfrei. Auf 1000 Mark Veranlagung für 1922 sind 40 Pfg. Steuer zu zahlen. Vermögen unter 25 000 Goldmark zahlen 3 vom Tausend unter 50 000 4 v. T. Vermögen über 100 000 Goldmark 7 v. T. Dazu kommt eine 10prozentige Kapitalertragssteuer. Bei der Erbschaftsteuer bleibt die Besteuerung des Erbes von Kindern und Ehegatten bestehen. Die Verbrauchsteuer werden in Goldmark berechnet. Die Weinsteuer wird z. B. 20 Prozent des Handelspreises zuzüglich 5 Prozent Gemeindezuschlag betragen. Ueber die Hypotheken und Mietsteuer wurde schon berichtet. In welcher Form endlich die Obligationsschuldner erfasst werden sollen, die durch die Geldentwertung großen Vorteil hatten, ist noch nicht entschieden.

Die neuen Steuern

Berlin, 14. Dez. Die Lohnsteuer wird nach den Richtungen der Blätter für 1924 derart „ausgebaut“, daß sie monatlich 72 Millionen Goldmark oder annähernd 900 Millionen im Jahr einbringt, was ungefähr den vierten Teil des steuerlichen Gesamteinkommens des Reichs ausmacht.

Die dritte Steuerordnung soll eine starke Heranziehung der Hausbesitzer und der Pfandschuldner bringen unter der Begründung, daß sie durch die Geldentwertung Vorteile erlangt haben. Die Mieten sollen auf den alten Goldmarkwert der Vorkriegszeit gebracht und der halbe Mehrertrag „von der öffentlichen Hand erfasst“ werden. Das Steuerergebnis wird auf 2 bis 3 Milliarden Goldmark jährlich geschätzt (die erste Meldung sprach von 800 Millionen). Der Ertrag soll den Bundesstaaten überwiesen und von diesen ganz oder zum größeren Teil den Gemeinden überlassen werden. — Das sind ja recht nette Aussichten!

Widerstand gegen die Novorderordnungen

Berlin, 14. Dez. Der Bund deutscher Mietervereine hat den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Finanz- und den Arbeitsminister, sowie den Ueberwachungsausschuß des Reichstags telegraphisch in Kenntnis gesetzt, daß sofort eine Volksabstimmung eingeleitet werde, falls das Reichsmietengesetz aufgehoben und die Goldmiete eingeführt werden sollte.

In einer Versammlung des Provinzverbandes Berlin des Deutschen Beamtenbunds wurde nach einer erregten Aussprache einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der gegen den Personalabbau, die Befoldungsverminderung und die Dienstverlängerung der Beamten Einspruch erhoben wird.

Stodung in der Gehaltszahlung

Berlin, 14. Dez. Die Gehälter der Beamten und Angestellten für die zweite Dezemberhälfte, die am 17. Dezember ausbezahlt werden sollten, können an diesem Tag nur zur Hälfte geleistet werden, da keine weiteren Mittel mehr verfügbar sind. Die Reichsregierung hofft den Rest am 21. Dezember ausbezahlen zu können.

Zwischenfall im Ueberwachungsausschuß

Berlin, 14. Dez. In der gestrigen Sitzung des Fünfkammerausschusses des Reichstags, die streng vertraulich war, erschien der kommunistische Abgeordnete Herzfeld, der der Kommission nicht angehört, und ließ sich nicht bewegen, das Sitzungszimmer zu verlassen.

Die Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 14. Dez. Der Reichsrat hat sich dahin ausgesprochen, daß die Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Art unmöglich weitergeführt werden könne.

Freilassung politischer Gefangener

Essen, 14. Dez. Der Bezirksleiter des deutschen Roten Kreuzes im Ruhrgebiet wurde von den Befehlungsbehörden verständigt, daß in nächster Zeit mit der Freilassung einer größeren Zahl politischer Gefangener zu rechnen sei.

Der Reichsminister hatte gestern in den Verhandlungen mit den Beamtenvertretern noch mitgeteilt, die Gehaltszahlung für die zweite Dezemberhälfte müsse in Papiermark erfolgen. Die Zahlung am 17. Dezember wird tatsächlich nur ein schwaches Viertel ausmachen, weil die Beträge in Ab-

zug kommen, die anfangs des Monats über das aufstehende Gehalt für die erste Dezemberhälfte hinaus bezahlt worden sind. Die Weihnachtsfreude wird daher gering sein.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Sachsen

Dresden, 14. Dez. Der Landtag hat einen Fünfkammerausschuß eingesetzt, der die Art des Strafverfahrens gegen Zeigler und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen untersuchen soll.

Der Beamtenabbau in Bayern

Berlin, 14. Dez. Der Reichsrat ist der Auffassung der bayerischen Regierung, daß der Beamtenabbau Sache der Einzelstaaten sei, nicht beigetreten. Die Reichsverordnung könne zwar nicht überall gleichmäßig durchgeführt werden, doch seien die Staaten verpflichtet, die ordnungsmäßig getroffenen Bestimmungen einzuhalten. Der bayerische Gesandte v. Preger erklärte, die bayerische Regierung könne von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

Der Versuch, mit Frankreich in Verhandlungen zu kommen

Paris, 14. Dez. Im Auftrag der Reichsregierung hat der deutsche Bevollmächtigte v. Hörsch an Poincaré die Frage gerichtet, ob er zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Reichsregierung bereit sei. — Die Regierung nahestehenden Blätter besprechen die deutsche Anfrage ausführlich. Im „Petit Parisien“ heißt es, wenn es der deutschen Regierung ernstlich um einen aufrichtigen Meinungsaustausch zu tun sei, so werde ihr Begehren in Paris genau geprüft werden. Aber man müsse vorsichtig sein. Wenn es bis jetzt noch nicht zu einer endgültigen Regelung der Entschädigungsfragen gekommen sei, so liege dies allein bei der blinden und eigensinnigen Politik der deutschen Reichskanzler. Vielleicht handle es sich auch jetzt wieder nur um eine Erduldung. Das französische Abkommen mit den Ruhrindustriellen passe der deutschen Regierung nicht, sie möchte daher es noch einmal zur Verhandlung bringen. Die französische Diplomatie werde aber Mittel finden, solche Mängel zu durchkreuzen. Kehlich äußert sich der „Matin“. Die Gelegenheit sei günstig, nicht nur über die Entschädigung sondern auch über die militärische Bedrohung Frankreichs durch Deutschland zu reden. Wie verlautet, hat Reichskanzler Marx durch Vermittlung des norwegischen Gesandten einen unmittelbaren Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin in Vorschlag gebracht.

Italien verlangt seinen Anteil

Mailand, 14. Dez. Nach dem „Corriere della Sera“ hat die italienische Regierung zwei Ingenieursoffiziere nach Düsseldorf geschickt, die in der Ueberwachungskommission einen Anteil an dem Industrieabkommen für Italien fordern sollen. Demgemäß werde wahrscheinlich die von den deutschen Grubenbesitzern zu zahlende Kohlensteuer von 18 auf 23 Prozent erhöht werden und diese weiteren Prozente werde Italien erhalten.

Die Hungerhilfe ein Geschäft

Washington, 14. Dez. Zu dem Antrag des Senators Lenroot, für Deutschland 20 Millionen Dollar zu bewilligen, bemerkte Präsident Coolidge, er sei gegen eine solche Unterstützung. Wenn man Deutschland Lebensmittel usw. liefern wolle, so müßte dies auf rein geschäftsmäßiger Grundlage geschehen. Deutschland müßte also ein zurückzahlendes und zu verzinsendes Anleihen geben werden, damit es die Lieferungen bezahlen könne. Lenroot erklärte nach einer Unterredung mit Coolidge, auch er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Geschäftsweg vorzuziehen sei gegenüber der freiwilligen Hilfe. Er stelle daher seinen Antrag zurück, bis die Frage entschieden sei, ob Deutschland eine internationale Anleihe erhalte.

Der amerikanische Hilfsausschuß

Newyork, 14. Dez. Nach einer Mitteilung des Generals Allen werden einige Beauftragte des Hilfsausschusses nach Deutschland reisen, um die Notstände zu prüfen. Von den Quatern sind Lebensmittel im Wert von einigen hunderttausend Dollar bereits beschafft, die in Hamburger Lagerhäusern zur Verfügung gestellt werden. Von der „Newyorker Staatszeitung“ sind 50 000 Dollar zur Verteilung überhandt worden.

Weitere Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten

Newyork, 14. Dez. Der Unterstaatssekretär für Arbeitsfragen schlägt eine weitere Beschränkung der Einwanderung vor, da der vor kurzem herrschende Mangel an Arbeitskräften über gedeckt ist und jetzt Arbeitslosigkeit herrscht, die drohenden Umfang annehmen kann.

Holländische Unterstützung der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Amsterdam, 14. Dez. Die sozialistischen Verbände Hollands haben zur Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland 200 000 Gulden gesammelt.

Der Aufstand in Mexiko

Washington, 14. Dez. Nach einer Mitteilung der amerikanischen Gesandtschaft beherrscht die rechtmäßige Regierung das ganze Land mit Ausnahme kleiner Territorien bei Veracruz. Bei Jalisco steht der Entscheidungskampf zwischen den Truppen Obregons und den Aufständischen bevor.

Das Zehren von der Substanz

Berlin, 14. Dez. In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über die deutsche Finanzkrise und die neuen Steuerordnungen heißt es u. a.: Es handelt sich im Augenblick nur darum, daß sofort Geld beschafft wird und zwar nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch im Interesse der Wirtschaft. Es sei sicherlich ein fürchterliches Zusammentreffen, daß der Staat in dem Augenblick von der Substanz der Wirtschaft zu zehren gezwungen sei, indem die Wirtschaft selber von der Substanz leben müsse. Aber es sei sehr gefährlich, wenn man gerade jetzt zwischen der Wirtschaft und dem Staat einen tödlichen nicht vorhandenen Interessengegensatz heraus zu konstruieren sich bemühe.

Rücktritt des Kabinetts Felsch

Dresden, 14. Dez. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde von der demokratischen Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Felsch beantragt. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß er sein Amt in die Hände des Landtages zurücklege. Das Kabinett wird bis zur Neubildung der Regierung weiter amtiert.

Württemberg

Stuttgart, 14. Dez. Anfragen im Landtag. Von Seiten der Bürgerpartei und dem Bauernbund sind an das Staatsministerium folgende Große Anfragen gerichtet worden:

Aus den Kreisen des Wirtschaftslebens ebenso wie aus den Kreisen der Beamenschaft werden lebhaftest Klagen darüber erhoben, daß bei Zuteilung der wertvollsten Zahlungsmittel des Reichs Württemberg erheblich schlechter behandelt wurde, als andere Länder. In Berlin ist die Goldanleihe schon lange in den Verkehr gebracht und kann von Schiebern zu Zwecken der Spekulation erworben werden. Diese Zustände sind unerträglich. Sie untergraben das Vertrauen in gegebene Zusicherungen, erschüttern den Glauben an die Notwendigkeit des Opfernehmens und zerören den Gemeinssinn. Was ist dem Staatsministerium in dieser Sache bekannt, was hat es bisher zur Verhinderung und Beseitigung solcher Benachteiligung getan, was gedenkt es künftig zu diesem Zweck zu tun?

Ist das Staatsministerium bereit, bei dem Beamtenabbau im Reich und Land dafür einzutreten, daß in erster Linie die Ämter und Stellen beseitigt werden, die seit der Revolution unnötigerweise errichtet wurden, und daß zuerst solche Beamte entlassen werden, die ihre Stellung lediglich dem ungehemmten parlamentarisch-demokratischen System verdanken?

Was hat das Staatsministerium bisher unternommen, um die Frage der sogenannten Aufwertung der Hypotheken und Schuldverschreibungen einer Lösung entgegenzuführen?

Nach Mitteilungen des „Deutschen Volksblatts“ haben sich führende Persönlichkeiten des sogenannten „Republikanischen Reichsbunds“ bemüht, die Bestellung des württ. Ministers des Innern zum Hülfskommissar zu hindern. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um solche Bestrebungen auf Herabminderung des an sich schon

Nach Waterloo

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus

von Fritz Rigel

130

„Die Sprach' loht, Mutter! Ich sag's Eich schon uff der Mühl', daß ich haan kloaner Vab' mehr bin! Ihr sagt, daß Ihr Herr im Hans wär't! Könn't Ihr die Hand uffs Herz lege' un' vor Gott un' Eiern Gewisse' beschwöre', daß Ihr's mit Recht seid'?"

Einen Augenblick war es, als bestele die kräftige Gestalt der Bäuerin wieder ein Schwanken. — doch nur einen Augenblick — dann richtete sie sich hoch empor und schrie järmlich:

„Also von fremde' Leil' läßt sich mein saurerer Sohn verschwäge' gege' die eigen' Mutter un' schämt sich nit? Do hab' ich jo was Schönes großgezogt!"

„Uffheße' gege' Eich, loß' ich mich nit, Mutter! Deshalb komm' ich jo her un' frog' Eich! Mutter, is es wahr, daß der Rodeberger Hof von Rechts wege' nit an mich fällt?"

„Un' wenn's so wär',“ entfuhr es der Bäuerin, „was aber nit is! Was läßt du dann do mache'? Läßt du Knecht wer'n, oder uff die Grundmühl' einheirate'?"

„Mutter, unrecht Gut gedelht nit, des sollt Ihr doch wisse'! Is e' Unrecht gege' den Heinrich un' sei' Leil' geschehe' — ich hab' haa' Teil draa' un' will haa' Teil draa' hawe'! Schenkt mit deswege' kloore' Wei' ein! Gebt mir Antwort!"

Er hatte mit der vollen Energie des Mannes gesprochen, der sich genau dessen bewußt ist, was er will. Schon zu verschiedenen Malen war ihr seit seiner Rückkehr dieser feste Willen entgegengekehrt worden, so daß die Mutter mit einer gewissen ärgerlichen Befriedigung anerkennen mußte, daß Hansjörg während seiner Abwesenheit viel selbständiger, überhaupt mehr Mann geworden war. Dabei lag in dem ganzen Wesen des Burschen eine so entschieden stumme Abwehr dagegen, zum Mitschuldigen an dem begangenen Unrecht zu werden, daß der willensstarken Frau angst und

bange ward; sie mußte deshalb versuchen, ihm eine andere Auffassung über die nach ihrer Ansicht längst abgetane Geschichte beizubringen.

So dachte Frau Schilling und erwiderte deshalb auf die Frage des Sohnes beschwichtigend: „Weil mir's vor lauter Alteration über dich und den Müllerandres schlecht is' wor'n, glaubst du, ich hätt' was zu verheimliche'? Antwort willst du? Was frägst du vor dummi' Zeug? Ob ich von Rechts wege' die Herrin hier im Haus bin? Do druff kann ich jo die Hand uffs Herz lege' un' kann's, wenn du's hawe' willst, mit gutem Gewisse' beschwöre'! Die rechtmäßig' Herrin vom Rodeberger Hof bin ich, bis ich die Laage' zumach' oder dir de' Hof übergeb'!"

Ein trachernder Donnerschlag begleitete die letzten Worte der Frau, so daß diese erschreckt den erhobenen Arm fallen ließ und mit ängstlichen Blicken durch das Fenster in das tobende Weiter sah. In voller Wut war daselbe losgebrochen. Heulend umfuhr der Sturm die Gebäude und gepfesselt stürzte eine wahre Sintflut von dem gelblich schwarzen Firmament hernieder. Gellendes Pfeifen und unheimliches Winseln, schrillende und klagende Töne klangen aus dem chaotischen Tumult der Lüfte, als wäre die wilde Jagd losgebrochen und raste in wütender Beutegier über Wald und Gefild. Gott mahnte die winzigen Menschlein an seine Größe, mahnte sie, daß er in seiner allweisen Gerechtigkeit allein die Geschicke der Staubgeborenen leitet.

Und die Mahnung wurde von beiden verstanden. Stumm standen sie einander gegenüber — hier die schuldbehaftete Frau, mit dem bleichen, starren Antlitz, in welchem sich stauendes Entsetzen darüber prägte, daß derjenige, für den sie gefandigt, dem die Frucht des Betrugs zufallen sollte, es wagte, sie zur Rechenschaft zu fordern — dort der Jüngling, den die Erkenntnis der Wahrheit zum Manne gereift hatte, und der es verschmähte, auf Kosten der Reinheit seines Gewissens und seiner Selbstachtung, irdischen Gutes willen zum Mitschuldigen zu werden. Es war eine Stunde, welche entschied, ob das Band zwischen Mutter und Kind neu geknüpft oder zerrissen werden sollte. Aber mochte kommen, was da

wollte. — Hansjörg mußte Gewißheit haben, um jeden Preis. Wie beschwörend hob er die Rechte empor und sagte feierlich:

„Mutter, unser Herrgott ruft Eich zu; Du sollst nicht falsches Zeugnis reden! Könn't Ihr beschwör'n, daß der Batter selig den Heinrich nit als sein' eigene', erberechtigte' Sohn hot einschreime' lasse'? Gott sei Dank, Ihr könn't's nit! En' Meineid könn't Ihr nit uff Eich lade'! Dann kann noch alles gut wer'n!"

Ein unheimliches Grausen hatte die Bäuerin gepackt. Der da vor ihr stand, der im tiefsten Schrein ihres Herzens leidenschaftlich geliebte Sohn, der sie mit so erschütternden Worten auf den Weg des Rechtes verwies — war er nicht in diesem Augenblick das leidhaftige Ebenbild seines Vaters, ihres längst hingegangenen Gatten, als dieser um ihre Hand wach und eine so heiße Liebe in ihr erweckt hatte? Auch er wäre, mit seinem starren Begriff von Ehre nicht für Millionen nur um einen Fuß breit vom Wege des Rechtes abgewichen, auch er hätte, um von ihm oder von den Seinigen begangenes Unrecht gut zu machen, nicht einen Augenblick gezögert, bittere Armut auf sich zu nehmen. Der vor ihr war, wie sie jetzt erkannte, von dem nämlichen Schrot und Korn. Unter dem leichten, so oft zu törichtem Streichen aufgelegten Wesen des Sohnes hatte als Erbeil des ehrenhaften Vaters der gute Kern geschlummert, den die Erkenntnis der Wahrheit jetzt zum Sprieschen brachte. Mit der inneren Angst der Mutter mischte sich ein gewisses Gefühl des Stolzes auf den Einzigen; in vergangene Zeiten verloren sich ihre Gedanken, in die Zeiten, als ihr willensträftiger Gatte ihr noch zur Seite stand und ihre Liebe zu ihm sie trotz ihres starren Sinnes lehrte, sich dem unerschütterlichen Mann bei jedem Zwist zu fügen und wie oft einzusehen, daß er immer den rechten Weg eingeschlagen hatte. Es kam über sie, als wenn der Berewigte selbst vor ihr stände, als höre sie aus dem Wäden der draußen tobenden Elemente seinen Mahnruf, begangene Schuld zu sühnen und das Unrecht, welches sie getan, wieder gut zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

geringen Einflusses der württ. Landesregierung auf die Reichsregierung künftig unmöglich zu machen?

Ein bekannter Artikel des „Deutschen Volksblatts“ hat Mitteilungen über geheime demokratisch-sozialistische Kampforanisationen gebracht, die eine große Beunruhigung des Volks hervorgerufen haben. Was hat das Staatsministerium in dieser Sache unternommen?

Ferner folgende Klein-Anfrage: Dem Vernehmen nach will die Regierung Vorträge über die nationalsozialistische Bewegung halten lassen. Da wir — im Fall der Möglichkeit des Gerüchts — hierin eine zwecklose Verschleierung öffentlicher Mittel sehen würden, so bitten wir um Auskunft in der Sache.

Aus der Haft entlassen. Der Geschäftsführer des Württ. Bauern- und Weinbauverbands Theodor Körner jung wurde gestern aus der Schutzhaft entlassen, ebenso der kommunistische Landtagsabgeordnete Hans Stetter, der bereits gestern wieder an der Sitzung des Landtags teilgenommen hat.

Rudolfsherrn M. Traillheim, 14. Dez. Eine Seltenheit. Eine Henne des Gastwirts Hoffmann brütete auf einem Baue in der Scheuer 19 Küden aus. Bei der letzten Jahreszeit dürfte dies ein äußerst seltener Fall sein.

Vom Schwarzwald, 14. Dez. Uhrenindustrie. Der Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie e. V. verlegt mit dem 1. Januar 1924 seinen Sitz von Berlin nach Donaueschingen. Die Geschäftsführung übernimmt Rechtsanwalt Dr. Dienst.

Stuttgart, 14. Dez. Die Milchlieferung ist in Stuttgart so gering, daß vom 1. Januar an nur noch Kinder bis zu vier Jahren und gewisse erwachsene minderbemittelte Personen versorgungsberechtigt sind. Kinder bis zu zwei Jahren erhalten $\frac{1}{2}$, von 2—4 Jahren $\frac{1}{4}$, die Erwachsenen $\frac{1}{8}$ Liter im Tag.

Kirchheim u. L., 14. Dez. Brand. In vergangenem Nacht brach in der Papierfabrik Rietzmüller Feuer aus, das beträchtlichen Schaden anrichtete.

Gingen a. F., 14. Dez. Brandstifter. In Kuchen und Gingen a. F. ist in der Zeit vom 10. November bis 3. Dezember ds. Js. an fünf Bauernhäusern bzw. Scheunen Feuer gelegt worden. Die Staatsanwaltschaft Ulm hat auf die Namhaftmachung oder Ermittlung der Täter eine Belohnung von 50 Goldmark ausgesetzt.

Schuffried, 14. Dez. Bissiger Hund. In Vaimbach fiel ein herrenloser schwarzer Schäferhund über einen an der Kette liegenden Hund her und richtete ihn übel zu. In Körnbach wiederholte sich dieser Vorfall. Man vermutet, daß der Schäferhund tollwütig ist.

Zinsen aus württ. Staatsschuldbuchforderungen. Da die Auszahlung der Zinsen aus württ. Staatsschuldbuchforderungen im Ueberweisungsverkehr unmöglich geworden ist, mußte die Zahlung dieser Zinsen vorläufig, unbeschadet des Rechts der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung insoweit eingestellt werden, als nicht die Empfangsberechtigten die Zinsen selbst abholen oder abholen lassen oder die Kosten der Zustellung erheben.

Rückblick auf Steuerchwache. Die württ. Ministerien des Innern und der Finanzen weisen die Gemeinden darauf hin, daß bei der außerordentlichen Vorauszahlung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auf die wirtschaftlich schwachen Steuerpflichtigen, die durch die zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse in eine bedrückte Lage gekommen sind, gebührend Rücksicht zu nehmen sei. Besonders treffe dies zu bei Gewerbesteuerpflichtigen, deren gewerblicher Reinertrag für das Kalenderjahr 1923 voraussichtlich erheblich hinter dem im Jahr 1921 erzielten Ertrag zurückbleiben wird, auf den sich die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer gründen.

Vom Bodensee, 14. Dez. Preisabbau. In Radolfzell haben die Geschäfte den Multiplikator beim Einkauf mit Papiermark auf 800 Milliarden festgesetzt. Bei Bezahlung mit wertbeständigem Geld gewähren sie 20 Prozent Rabatt. Kuhfleisch kostet 50 $\frac{1}{2}$. In Konstanz kostet Ochsenfleisch 1. Qualität 50 $\frac{1}{2}$. In einer Reihe oberbädischer Städte beträgt der Preisabbau im Einzelhandel bis zu 25 Prozent.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 14. Dezember.

Der Landtag nahm gestern nachmittag die Beratungen wieder auf. Nach einer längeren Aussprache über die Geschäftsordnung ging das Haus zur großen politischen Aussprache über.

Staatspräsident Dr. Hieber bedauerte den letzten Rangwechsel, den Hieber seit Februar 1919. Er sei überwiegend aus Gründen der inneren Politik herbeigeführt worden. Durch das deutsche Volk gehe eine tiefe Sehnsucht nach fester, steter nationaler Führung und darnach, daß der Führer von dem Vertrauen des Volks gestützt werde. Er verließ die Volksgenossen in der deutschen Westmark links und rechts des Rheins des wärmsten Anteils in ihrem Abwehrkampf gegen alle Landesverräter, betonte die besondere Verpflichtung Württembergs, die badiischen Nachbarn gegen feindliche Bedrohung zu decken und gab seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß sich die württ. Bevölkerung in kühler Befonnenheit von dem Putz in Bayern fernhielt. Unter dem außenpolitischen Gesichtspunkt sollte es nicht allzu schwer sein, eine einigende Formel für den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern zu finden. Ueber die Unfruchtbarkeit parlamentarischer Kämpfe und Redeschlachten habe sich viel Unmut angesammelt. Die geschichtliche Rolle Württembergs im Reich erblicke er darin, ein fester Pfeiler der Einheit des Reichs zu sein. Den Föderalismus, der die Länder stärken wolle, müsse man um des Reichs und Landes willen pflegen und stützen. Bestrebungen, die der Reichswehr den Charakter als Werkzeug des Reichs nehmen wollten, könne er nicht billigen, dagegen mühten alle Bestrebungen gefördert werden, den Ländern und Gemeinden die eigene finanzielle Kraft und genügende Steuerhoheit zurückzugewinnen. Die Rückgabe von Eisenbahn und Post an die Länder wäre ein Rückschritt. Indessen sei jetzt noch nicht der geeignete Zeitpunkt gekommen, um eine Aenderung der Reichsverfassung in stürmischen Angriff zu nehmen.

Der Uebergang zur freien Brotwirtschaft habe sich ohne jede Störung vollzogen, mit Kartoffeln sei die Bevölkerung ausreichend versorgt. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land dürften nicht verschärft werden. Gleich wichtig sei die Beschaffung von Arbeit. Im wirtschaftlichen Leben dränge die Ueberzeugung immer mehr durch, daß nur in der Rückkehr zur Goldwährung

die Rettung zu finden sei. Vor allem müsse man verlangen, daß die Grundpreise nicht gesteigert werden dürfen und daß die viel geplagten Kreise der Verbraucher endlich zur Ruhe kommen. Die Goldwährung müsse sich auch auf die Löhne auswirken. Friedensgoldlöhne seien allerdings nicht möglich, denn der Krieg lege je länger desto mehr harte Entbehrungen auf. Bezüglich der Beschaffung einiger wertbeständiger Zahlungsmittel haben wir uns Zurückhaltung auferlegt, denn unsere Wälder wollten wir uns alle als letzte Reserve des Staatskredits ungehämert erhalten wissen. Bezüglich der Schutztruppe hält die Regierung an dem Grundsatz fest, daß alles, was nicht im Dienst der staatlichen Macht steht, als ungehehrlich und gefährlich für Ordnung und Sicherheit der Auflösung verfallen müsse. Der militärische Ausnahmezustand ist keine auf die Dauer mögliche Regierungsform und muß in den völlig ruhigen Bezirken aufgehoben werden, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten. Mit dem Militärbesatz findet ein ausgezeichnetes Zusammenarbeiten statt. Ein Zivilkommissar ist nicht notwendig. Eine Erbreiterung der Regierungskoalition in Württemberg schloß bisher unüberwindliche Schwierigkeiten in sich. Staatsvereinfachung und Beamtenabbau sind dringendes Bedürfnis schon im Hinblick auf die trostlose Lage unserer Finanzen. Ohne scharfe und dauerhafte Schritte wird die Operation keinen Erfolg haben.

Der Staatspräsident kündigte dann noch ein Gesehenswürdig an, wonach künftig auf 35 000 Einwohner (statt 25 000) ein Abgeordneter kommen soll, was eine Verringerung der Abgeordnetenzahl um ein Drittel bedeuten würde.

Finanzminister Dr. Schall: Der Ruhrkampf beschwor den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft des Reichs und damit auch der Länder und Gemeinden heraus. Mit Stilllegung der Rotenpresse muß die Reichsregierung alle denkbaren Anstrengungen machen, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen und sie kann das nur, wenn Länder und Gemeinden nicht mehr am Reichsbeutel hängen. Durch die Art des Vorgehens des Reichsfinanzministeriums wurden wir in eine scharfe Abwehrstellung gezwungen. Die Staatshauptkasse war einen Tag lang ohne Mittel und das Staatsministerium gezwungen, das Finanzministerium zur Herstellung landeseigenen Papiergelds im Weg der Kolverordnung zu ermächtigen. Eagerische Vorstellungen in Berlin haben keinen Erfolg gehabt. Später erklärte das Reich, es sei nicht mehr in der Lage, den Ländern Darlehen zur Aufrechterhaltung ihrer Verwaltung zu geben. Die Folge war, daß die Länder mit altem Nachdruck forderten, daß ihnen die Hoheit über die direkten Steuern zugleich mit deren Verwaltung zurückgegeben werden. Um den Beamtenabbau werde Württemberg so wenig herumkommen, wie das Reich und andere Länder. Die Ausgaben beliefen sich in der Zeit vom 23. Okt. bis 14. November auf 1 Trillion 618 Milliarden, die ordentlichen planmäßigen Einnahmen einschl. der Reichszuschüsse nur auf 454 Milliarden. Die Erwerbslosenfürsorge belastet Württemberg wöchentlich mit 250 000 Goldmark. Aus diesen Zahlen ergibt sich der furchtbare Ernst der Finanzlage mit zwei Möglichkeiten: entweder Zusammenbruch oder Beschränkung der Ausgaben auf die möglichen Einnahmen. Was die Reichsabbauordnung vorschreibt, werden wir nicht einfach unbedenken übernehmen und im Abbau nicht weitergehen, als die Finanzlage es unbedingt erfordert, weil wir stets sparsam gewesen sind. Abbau des öffentlichen Apparats bedeutet aber auch Abbau seiner Inanspruchnahme durch die Bevölkerung. Die Lage duldet kein Zögern und keine Verzögerung. Ohne Annahme des Ermächtigungsgesetzes können die Lebensinteressen des Landes nicht gewahrt werden.

Das Haus vertagt sich auf Freitag nachmittag 3 Uhr.

Notiales.

Wildbad, den 15. Dez. 1923.

Die Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte wurde vom Reichsrat, entsprechend den Beschlüssen des Reichstags, von 600 auf 800 Goldmark erhöht und die Revisionsgrenze auf 1800 Goldmark festgesetzt.

An die Reisenden, die die Strecke Frankfurt a. M.—Darmstadt benutzen, richtet die Reichsbahndirektion die Warnung, beim Anhalten von Zügen auch auf Stationen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Bahnpersonals die Wagen zu verlassen. Die Aufenthaltsdauern zunächst nur der Zoll- und Paßkontrolle und die Züge fahren zuerst auf allen Unterwegsstationen durch. Ein Paß, wie er für das besetzte Gebiet vorgeschrieben ist, ist für die Benutzung dieser Strecke nicht nötig, doch sei allen Reisenden dringend empfohlen, einen Personalausweis, wie er im unbesetzten Gebiet üblich ist, bei sich zu führen. Zollpflichtige Gegenstände dürfen als Handgepäck nicht mitgeführt werden. Es wird empfohlen, solche Gegenstände als Reisegepäck im Gepäckwagen befördern zu lassen. Dringend wird davon gewarnt, irgendetwelche Gegenstände aus den Zügen zu werfen.

Tauschhandel mit Lebensmitteln. Amtlich wird darauf hingewiesen, daß ohne besondere Handelsverträge der Verkauf von nicht selbst erzeugtem Getreide an Wiederverkäufer verboten ist. Strafbar machen sich also alle die Zeitungsverleger, Geschäftsleute, Metzger, Handwerker usw., die sich Getreide für ihre Leistungen usw. geben lassen und das Getreide an Wiederverkäufer (Müller, Händler, Genossenschaften) weiterverkaufen.

Steuerabzug. Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 16. bis 22. Dezember 650 000.

Der Poststreik in Oesterreich. Nach dreitägigen Verhandlungen ist mit den Gewerkschaftsvorständen der österreichischen Postangestellten eine Einigung erzielt worden.

Die Rentenmark. Vor 14 Tagen noch rief man überall nach der Rentenmark. Jetzt ist sie da, und schon wird gegen das wertbeständige Geld eine Heße betrieben, auf die leider viel hereinkommen. Sehr zu ihrem Schaden, denn es gibt derzeit kein besseres eigenes Geld in Deutschland als die Rentenmark. Daß sie den Börsenspekulanten nicht paßt, ist erklärlich, denn in Rentenmark kann man nicht spekulieren. Daß es aber noch andere Leute gibt, die das Treiben gegen die Rentenmark mitmachen, ohne zu wissen warum, das ist auffallend!

Das Wetter

Das Hochdruckgebiet über Süddeutschland zeigt einige Zersplitterungen, die indessen nicht von dauernder Wirkung sein werden. Für Sonntag und Montag ist vorwiegend trockenes, ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 14. Dez.: 4.2105 Millionen (ans.). Neuyork: 1 Dollar 4 London: 1 Pfd. Sterl. 18,5. Amsterdam: 1 Gulden 1,65. Zürich: 1 Franken 0,714 Millionen.

Geldmarkt. Stuttgart: tägliches Geld 6,5 bis 1 Prozent, Termingeld (8 bis 14 tägig) 1 bis 1,5 v. H.

Edd. Edelmetallpreise, 14. Dez. Platin 14 Millionen Geld bezw. 17 Brief d. Gr., Feingold 28 bezw. 3, Feinkornsilber 83 bezw. 88 d. Ag., Silber in Werten 80 bezw. 85.

Köln, 14. Dez. In Köln sind mehrere Mehl- und Getreidefirmen, die nach der Revolution entstanden sind, in Zahlungs-schwierigkeiten geraten.

Stuttgarter Börse, 14. Dez. Der flüssigere Geldmarkt gab heute der Börse ein freundlicheres Aussehen. Da bei den stark gemischten Zinssätzen eine nützlichbringende Unterbringung von Geldern auf dem Geldmarkt erschwert ist, wurden dieselben wieder der Börse zugeführt. Verkäufer waren nur wenig vorhanden, so daß die Kurse sich langsam erhöhen konnten. Der Markt der Feinverzinslichen lag bei reichlichem Angebot wiederum schwächer. Die wertbeständigen Werte dagegen eine Kleinigkeit fester. Neckar-Gold 1,8, Festschulden-Obligationen 1,7 Millionen. Reichs-Goldanleihe wurde zum Berliner Kurs umgekehrt, wegen Dollarschwäche angeboten waren. — Bankaktien: Hypothekbank 2 (1,8), Vereinsbank 3,7 (3), Rotenbank 70 $\frac{1}{2}$. — Brauereiwerte: Ravensburg 2,5 $\frac{1}{2}$ (2,1), Ehlinger 4 $\frac{1}{2}$ (3), Kettenmeyer 8 $\frac{1}{2}$ (10), Hohenjoller 10,5 (8,5), Walle 6 (8,1), Junge 5,5 (5,25), Pfauen 6 $\frac{1}{2}$. — Metallaktien: Feinmechanik 37 (29), Hohner 45 (35), Württ. Metallwaren 45 (42), Jungbans 8,75 (7), Andreas Koch 23 (18). — Maschinenwerte: Dalmier 3,9 (3,3), Neckarsulmer 6,75 (6), Laupheimer Werkzeug 40 (30), Magirus 3,8 (3,4), Vörlage 0,4, Ehlinger 8,1 (7), Hesser 6,5 (5), Weingarten 16 $\frac{1}{2}$. — Spinnereaktien: Unterhanjen 35 (25), Leinenindustrie 30 (40), Filz 25 (22), Genüsse 32 Millionen. Edd. Aktien 29 (27), Kottern 35 $\frac{1}{2}$ (30), Erlangen 11 (10), Kolb-Schle 16 (15), Ehlingen 35 (30), Bietigheim 45 $\frac{1}{2}$, Kattun 40 $\frac{1}{2}$, Pfersee 25 $\frac{1}{2}$. — Nahrungsmittelaktien: Knorr 7 (6,3), Konferven Leibbrand 3,3 (2,9), Junge 2,7 (2,4), Otto Krumm 4,3 (3,4), Stuttgarter Zucker 10,5 (8,5), Salzwerk Heilbronn 90 (65), Stuttg. Backermühle 11 bez. Kaiser Otto ohne Bezugsrecht 5,9. — Verlagsaktien: Deutsche Verlagsanstalt 17 (12), Union 7 (5,5), Stuttg. Vereinsbuchdruckerei 1,2 (1), Chr. Beller 1,5 (1,4). — Uebrige Werte: Bad. Anilin 25,5 (21,5), Bremen-Bestehmer Del 22 $\frac{1}{2}$ (19), Cement, Heidelberg 13 (10,5), Germania Linoleum 19,5 (18,5), Knorrfabrik Schornborf 4,75 (4), Köln-Rottweil 11,8 (9), Metall- und Lederwaren 10 $\frac{1}{2}$ (9), Junge 9 $\frac{1}{2}$ (7), Wolldecken Welferstadt 12 $\frac{1}{2}$ (11), Ziegelwerke Ludwigsburg 9 (8), Stuttg. Glps 50 $\frac{1}{2}$, Württ. Transport 18 Millionen Brief, Mannheimer Del 12 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Sekt Wachenheim 15 $\frac{1}{2}$, Romtag 2 (2,2), Bezugsrecht auf Württ.-Hohenz. Brauereigesellschaft 2,75. Württembergische Vereinsbank.

Märkte

Calw, 13. Dez. Vieh- und Schweinemarkt. Dem Vieh-, Schwein- und Pferdemarkt waren insgesamt 130 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich ein Färren, 17 Ochsen, 6 Stiere, 72 Kühe, 18 Kalbinnen und 15 Kinder. Bezahlt wurden für Ochsen 800—1100 $\frac{1}{2}$ pro Paar, für Kühe 250—450, Kalbinnen 250—330, Kinder 150—240 $\frac{1}{2}$ das Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 64 Käfer und 228 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Käfer 80—160 und für Milchschweine 20 bis 40 $\frac{1}{2}$ pro Paar. Der Handel war auf dem Viehmarkt ganz flau, auf dem Schweinemarkt etwas lebhafter. Auf dem Pferdemarkt war nur ein Pferd zugeführt.

Schweinepreise. Dem Schweinemarkt in Wallingen wurden 132 Milchschweine zugeführt. Der Handel war flau. Ein kleiner Rest blieb unverkauft. Der Preis für das Stück betrug 3—32 $\frac{1}{2}$ Mk. — In Bjalfelden waren 165 Stück Milch- und Käuferschweine zugeführt, die sämtlich zum Paarpreis von 16—50 Goldmark verkauft wurden. — In Gerabronn wurden für das Paar Milchschweine 15—38 $\frac{1}{2}$ Mk., für einen Käufer bis 35 Goldmark bezahlt. — In Schömbert waren 80 Stück zugeführt, wovon 50 Stück verkauft wurden zum Preis von 12—30 $\frac{1}{2}$ Mk. pro Paar.

Erdheim, 14. Dez. Fruchtpreise. Auf der besten Schranne galten folgende Preise in Goldmark: Weizen 11, Roggen 10, Gerste 8, Haber 7.

Berliner Getreidepreise am 14. Dez. in Goldmark für 100 Kg.: Weizen (märk.) 16,20 bis 16,40, Roggen 14,25 bis 14,40, Sommergerste 15,10 bis 15,50, Hafer 12,50 bis 12,80, Weizenmehl 25 bis 29, Roggenmehl 24,50 bis 26,50, Kleie 6,75 bis 7,25, Raps 27 bis 27,50, Rapskuchen 11,25 bis 11,75.

Devisenkurse

(In Millionen)

Berlin	13. Dezember		14. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1596 00	1604 000	1596 000	1604 000
Belgien	1915 20	1924 80	1935 15	1944 85
Norwegen	6284 25	6315 75	6264 30	6295 70
Dänemark	7441 35	7478 75	7481 25	7518 75
Schweden	10972 50	11027 20	11023 30	11107 70
Italien	1815 45	1824 55	1815 45	1824 55
London	1835 100	18416 000	1835 1000	18446 000
Neuyork	41895 00	42105 000	41895 000	42105 000
Paris	223 44	224 30	224 35	225 65
Schweiz	7301 70	7339 30	7301 70	7338 30
Spanien	548 25	551 35	548 25	551 35
D.-Osterr.	59 85	61 11	59 85	61 15
Prag	1236 90	12431 0	1236 90	12431 0
Ungarn	215 46	216 54	214 45	218 54
Argentin.	1536 50	1433 50	1346 25	1353 75
Tokio	1945 050	1984 950	1985 025	1994 975

Dollarschwankeweisungen 4,2 Millionen.

Reichsgoldanleihe 4,2

Merkszahlen

1 Goldmark Briefkurs Berlin 10:250 000 000
Mittelkurs 1 000 000 000 000

Reichsbankdiskont 90 Prozent
Goldfranken 1000 Milliarden
Steuerumrechnungsfakt 1000 Milliarden

Reichsindex für Lebenshaltungskosten (10. Dez.): 1262 Milliardenfache.

Großhandelsindex (11. Dezember): 1274 Milliardenfache.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, den 16. Dezember. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Keidel. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Töchter): Stadtpfarrer Dr. Federlin. 5 Uhr Bibelstunde: Derselbe.

Kath. Gottesdienst. 3. Advent. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Frühmesse, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Predigt und Amt, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: Montag und Donnerstag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe. Freitag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Ronate. Beicht: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag in der Frühe. Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 7 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Hinweis. Die heutige Weihnachtsbeilage umfaßt 6 Seiten, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.



Stadt Karten!

Willy Brünner
Elsbeth Brünner
geb. Hagmann
Vermählte

Mannheim

15. Dezember 1923.

Wildbad

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend halb 9 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 7/9 Uhr

Das Großstadt-Prachtprogramm:
„Das Glöckerl von
Birkenstein“

oberbayrisches Volksstück in 5 Akten.
Unter Mitwirkung von Terofals Schlierseer.

„Fürst S. S.“

Gesellschafts-Drama in 4 Akten.

In Vorbereitung:

Der Graf von Monte Christo (Die Totenhand).

Empfehle:

Wasserdichte Bozener-Mäntel
Windjacken für Damen u. Herren
Phantasie-Westen
Lustre-Jacken Sporthosen
Erstklassige Ausführung! Sehr billige Preise!
Arbeitshosen für Schlosser.

Im Ausschnitt:

großes Stofflager.

Garantie für tadellosen Sitz.
Elegante Ausführung nach Maß.

ADOLF STERN

Herren-Konfektions-Geschäft

Telefon 104.

Weihnachtseinkäufe

besorgen, beachten Sie bitte meine

Schaufenster

und überzeugen Sie sich von dem
wirklich

niedrigen Preise!

Phil. Bosch Nachf.
Wildbad.

Bis Weihnachten ist mein Geschäft
von morgens 9 Uhr bis abds. 6 1/2 Uhr
geöffnet. — Sonntags von 11—5 Uhr.

Stadtgemeinde Wildbad. Vergebung von Bauarbeiten.

Die Grab- und Betonierarbeiten zu einer Teer- und Ammoniakwassergrube im städt. Gaswerk werden nach dem Einzelpreisverfahren vergeben. Pläne und Bedingungen sind an unterzeichneter Stelle einzusehen. Die Vergabungsunterlagen werden gegen 50 Pfg. Kostenerfah abgegeben. Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift „Teergrube“ bis Mittwoch, den 19. Dezbr. 1923 vormittags 11 Uhr einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote vor den versammelten Bewerbern im Sitzungssaal des Rathauses stattfindet.

Stadtbauamt.

Auf sämtliche Schuhbedarfsartikel bedeutender Preisabschlag!

Schuhcreme Dose 15 Pfennig.
LINA EITEL, gegenüb. dem Schlachthaus.

Schuhhaus
SCHLAFFER

König-Karlstr. 89

wiedereröffnet!

Unsere Preise sind
konkurrenzlos
billig!

Wir führen nur
erstklassige
Qualitätswaren!

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Wir stellen Ihnen die bei uns
anzahlten Waren bis 14 Tage
ohne Aufschlag gerne zurück.

Fußballverein Wildbad
ver. Fußb. u. Sportverein



Sonntag, 16. Dezbr.

Verbandsspiel
gegen
Schwann.

1. Mannschaft 3 Uhr

Vorspiel:

A. S. Wildbad gegen
2. Mannschaft 1 Uhr

Reparaturen
und Neuarbeiten

an Gold- u. Silberwaren
werden reell und billigt aus-
geführt bei

Karl Stierner, Goldschmied
Olgastr. 6 (früher Villa Rath).



Fußballverein
Wildbad.
Vereinigter Fußball-
und Sportverein.

Heute abend
8 Uhr

Spielleitung-Sitzung

im Lokal, betr. Komb. Spiel
Wildb. u. Calmbach, A. S.-
Mannschaft und sonst. Spieler-
fragen.

A. S.-Mannschaft 8 Uhr
„Alte Linde“. Neue Anmel-
dungen sind noch erwünscht.

Rasier-Apparat,
Rasier-Klingen,
Rasier-Seifen.

Med.-Drogerie A. u. W. Schmit.

Läuferschwein
verkauft oder tauscht gegen
Säge.

Café Bechtle.

Alle Sorten

Backwerk

in bester Qualität
Conditorei Bechtle.

Wildbad, den 15. Dezember 1923.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante
Paula Sauerbrey
nach kurzer Krankheit im Alter von 59 Jahren
zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten
in tiefer Trauer:

Karoline u. Eugenie Sauerbrey.

Beerdigung Sonntag mittag 2 Uhr.

Wildbad, den 14. Dezbr. 1923.

Dankfagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlichster
Liebe und wohltdr. Teilnahme, die wir wäh-
rend der langen Krankheit und beim Hinschei-
den unserer lieben Mutter und Großmutter
Frau Karol. Schmid, Baddienerswte.
erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten
Dank. Besonders danken wir den hiesigen,
sowie den Schwestern vom Krankenhaus Neuen-
bürg für ihre aufopfernde Pflege, Hrn. Holz
und seinen Schülern für den schönen Gesang,
Hrn. Stadtpfarrer für seine tröstenden Worte
und allen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Apollo-Lichtspiele Calmbach

Samstag und Montag, 15. u. 17. Dezbr.,
abends 8 Uhr.

Sonntag, 16. Dez.: 2.00, 5.00 u. 8.15

Die Herrin der Welt

IV. Teil: „König Makombe“.

Spielt in Afrika. — Hauptrolle: MIA MAY.

Kolossale Massenszenarien mit Schwarzen!

Hochinteressant! Spannend!

Das schüchterne Prinzchen

ein heiterer Schwank in 1 Akt.

— Erstklassige Musik! —

Weihnachts-Angebot!

Toilette-Seifen von —.25 an
Carton-Seifen 2.20, 2.70 usw. pr. Cart.

In hübscher Geschenkpackung.

Rasierseifen in Stücken und Stangen
von —.30 an.

Rasierapparate Rasierspiegel

Eau de Cologne, echt Gegenüber
einmaliges Angebot: klein 1.—, groß 1.70.

Parfüm Toilettewasser Puder

Haarbürsten Kämmen

Zahnpasten, —.50 und —.80 Mk.

Weihnachtslichte, Paraffin u. Wachs,
nicht tropfend.

A. u. W. Schmit.

Zu verkaufen

1 Fahrrad, 1 Paar Ski

für Knaben.

Zu erfragen in der Tagblatt-
geschäftsstelle.



Alle Musik-
Instrumente
für Haus und
Orchester von
den einfachst.

Schüler- bis zu den feinsten
Künstler-Instrumenten, alles
Zubehör, Saiten usw. emp-
fiehlt reichster Auswahl

Musikhaus Curth

Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Artaden Niedelsch — Hofbräu.

Photo-Atelier

Sonntags geöffnet

E. Reinhardt.